

Allahu Akbar in Regenbogenfarben

Ein offen schwuler Imam will Muslimen demonstrieren, dass Homosexualität und Koran kompatibel sind.

Von *Livia Gerster*

BERLIN, 24. Juli Röhlich zieht Pfarrer Bertold Höcker mit erhobenem Kreuz an der Spitze eines bunten Zuges in die Berliner St.-Marien-Kirche am Alexanderplatz ein. Dem Protestanten folgen Rabbiner und Rabbinerinnen mit regenbogenfarbenen Kippas, Orthodoxe im feierlichen Ornat und eine große Schar Schwuler, Heteros, Transvestiten, Queers aller Weltanschauungen und Religionen.

Schon dreimal gab es hier einen interreligiösen Gottesdienst zum Christopher Street Day (CSD), doch dieses Jahr ist einiges anders. Zum ersten Mal sind Muslime und ein schwuler Imam dabei. Und während eine israelische Rabbinderin, ein deutscher Pfarrer und der schwule Imam aus Frankreich predigen, empfangen einige Zuhörer in der Kirche die ersten Push-Nachrichten über Schüsse im Münchner Olympia-Einkaufszentrum. Wie in München macht sich nun auch in der Kirche die Sorge breit, man könnte es schon wieder mit einem Terroranschlag zu tun haben. Da gewinnen die Worte des schwulen Imams Ludovic-Mohamed Zahed eine besondere Brisanz, hat er sich doch zur Aufgabe gemacht, den Islam vor den „faschistischen Islamisten“ zu retten, „die mit ihrem frauenfeindlichen, homophoben Terror alles zunichtemachen“.

Dass ausgerechnet ein schwuler Muslim seine Religion im Geist der Toleranz und Mitmenschlichkeit interpretiert, ist natürlich kein Zufall, denn es sind die Schwulen und Lesben, die die traditionelle Angst vor Freiheit und Sexualität in ihrer Kultur in aller Härte zu spüren bekommen. Wofür viele homosexuelle Muslime sich ihr Leben lang versteckten – gerade das nimmt Zahed daher mit offenen Armen an. Manchmal sei der Prozess lang und schmerzhaft, weiß der in Algerien aufgewachsene Imam aus eigener Erfahrung: Erst streng religiös, wandte er sich vom Islam ab, nachdem er seine Homosexualität entdeckt hatte. „Doch ich war nicht glücklich. Ein Teil wurde aus mir herausgerissen“, sagt der Imam, der schließlich wieder zum Glauben zurückfand und nun andere zu seinem Weg ermutigt. Denn im Islam, so ist Zahed überzeugt, ist Homosexualität keine Sünde – im Gegenteil. „Der Prophet Mohammed, Friede sei mit ihm, würde Lesben, Schwule und Transsexuelle heutzutage verheira-

ten“, ist Zahed überzeugt. In den Hadithen, der mündlichen Tradition des Islams, sei überliefert, dass Mohammed die Mukhannathun, Männer, die sich als Frauen verkleideten, in Schutz nahm. Die Geschichte von Sodom und Gomorrha versteht der Imam nicht als Verurteilung von Homosexualität, sondern vielmehr als die Ablehnung staatlicher Repression.

In Paris hat Zahed vor einigen Jahren eine inklusive Moschee gegründet: Frauen, Männer und Transsexuelle bieten hier nebeneinander, es gibt Imaminnen mit und ohne Kopftuch. Bäcker, Prostituierte und Ingenieure finden hier zusammen. „Natürlich schlägt mir viel Hass entgegen“, sagt Zahed. Auf Facebook erreichen ihn täglich Morddrohungen. „Aber der Zuspruch ist viel stärker.“ Dennoch versucht der Imam, der Schulen zum Thema Homosexualität und Islamismus berät und progressive Imame ausbildet, nicht zu präsent in der Öffentlichkeit zu sein. „Wir brauchen keine Helden“, sagt er. Der Wandel des Islams müsse von innen kommen. Das ist auch die Überzeugung des Liberal-Islamischen Bundes (LIB), der progressiven Muslimen in Deutschland eine Stimme gibt. Auch sie begrüßen Homosexualität als „ein Zeichen göttlicher Liebe“, so die Vorsitzende Nushin Atmaca. „Es gibt viele Muslime, die uns eigentlich zustimmen, aber sich nicht trauen, Fragen zu stellen“, sagt Atmaca. Diese Tabus will der LIB brechen und gläubigen Muslimen, die frei und modern leben wollen, einen Platz geben.

Viele homosexuelle Muslime, die erst vor kurzem als Flüchtlinge nach Deutschland kamen, sind von diesem inklusiven Islamverständnis verblüfft. Damit sie den Weg dorthin finden, macht Jouanna Hassoun vom Berliner Lesben- und Schwulenverband in den Flüchtlingsunterkünften Aufklärungsarbeit. Homophobie sei dort stark ausgeprägt, sagt sie. Doch durch vorsichtige Kontaktaufnahme und die Vermittlung an homosexuelle Paten überwinden viele schließlich ihre Angst.

Auch Fadi Mohsen hat sie überwunden. Der Libyer hatte sich in einen Kommilitonen verliebt, sie teilten sich eine Wohnung. Fadi weiß nicht, wer es war, der ihn an seine Eltern verriet. Seine Eltern töteten seinen Liebhaber und verstießen ihn. Fadi ist nun Flüchtling in Berlin. Zum ersten Mal ist er frei. Damit er es bleibt, ersetzt ein Pseudonym seinen Namen. Denn auch wenn ihn das deutsche Gesetz schützt, ist Fadi für viele Muslime ein Sünder. Doch Fadi will sich seine Religion nicht absprechen lassen. „Ich bin schwul, und ich bin gläubig“, sagt er. Dass hier, in einer Kirche, ein schwuler Imam gemeinsam mit einem Christen und einer Jüdin die Predigt hält, hätte er nie für möglich gehalten.

Hinweise auf Folter in der Türkei

Amnesty International fordert Zugang für Beobachter

tens. ATHEN, 24. Juli. Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International will über „glaubwürdige Hinweise“ auf Misshandlungen und Folter in der Türkei verfügen. Berichte über Misshandlungen, Schläge und Vergewaltigung seien „extrem alarmierend“, teilte die Organisation am Sonntag mit und forderte die Behörden in Ankara auf, unabhängigen Beobachtern Zugang zu den Verhafteten zu gewähren.

Unterdessen ist die Zahl der auf den nahe der türkischen Küste gelegenen griechischen Inseln ankommenden illegalen Migranten erstmals seit Monaten wieder gestiegen. Zwischen Freitag und Sonntagmorgen wurden nach griechischen Angaben 300 Migranten aufgegriffen. Das ist zwar deutlich weniger als noch bis zum Abschluss des türkisch-europäischen Flüchtlingsabkommens im März, jedoch eine Steigerung im Vergleich zu den Durchschnittswerten von April bis Juni, als die Zahlen stark gesunken waren. Der Anstieg nährte in Griechenland Befürchtungen, die Umwälzungen in der Türkei könnten die Migrationszahl wieder in alte Höhen treiben. Ähnlich äußerte sich der bulgarische Ministerpräsident Bojko Borissow. Angesichts der auch in seinem Land wieder steigenden Zahl illegaler Grenzübertritte sagte er, Bulgarien bereite sich auf ein „schwieriges Problem“ vor.

Der türkische Staatspräsident hat die ihm durch den Ausnahmezustand zukommende Befugnis zum Regieren per Dekret derweil dafür genutzt, mit einem ersten Erlass die Schließung von 1043 Privatschulen, 15 privaten Universitäten, 1229 gemeinnützigen Einrichtungen und 35 Krankenhäusern zu nutzen. Zudem darf der türkische Staat künftig deutlich länger Menschen in Haft halten, ohne sie einem Richter vorzuführen. Laut türkischer Verfassung muss ein Verhafteter binnen 48 Stunden erstmals einem Richter vorgeführt werden. Bei Tätergruppen belief sich die Frist auf vier Tage. Durch Erdogans Erlass ist sie nun auf einen Monat ausgedehnt. Allerdings wurden die verfassungsmäßig vorgesehenen Fristen in der Türkei auch vor der Ausrufung des Ausnahmezustands oft missachtet.

Erdogan verfügte außerdem, dass suspendierte Beamte nicht wieder eingestellt werden dürfen. Damit würde aus der Suspendierung von bisher nach offiziellen Angaben fast 45 000 Beamten eine Massenentlassung. Allein das türkische Erziehungsministerium stellte nach eigenen Angaben mehr als 21 029 Lehrer frei. Erziehungsminister Ismet Yil-

maz kündigte am Samstag die Einstellung von 20 000 neuen Lehrkräften, Justizminister Bekir Bozdag am Sonntag die von 3000 neuen Richtern und Staatsanwälten an.

Von Entlassungen betroffen ist auch die engere Umgebung des Staatspräsidenten. Regierungschef Binali Yildirim kündigte am Samstag die Auflösung der Präsidentengarde an. Zuvor waren mehr als 280 ihrer Gardisten in Ankara festgenommen worden. Laut Erdogan sind seit dem gescheiterten Putsch 13 000 Personen zeitweilig festgenommen worden und fast 6000 von ihnen weiterhin in Untersuchungshaft. Die meisten Verhafteten sind demnach Soldaten (8838), Richter und Staatsanwälte (2101) und Polizisten (1485). Laut Angaben von Yildirim wurden auch 52 Gouverneure in den Provinzen verhaftet. Zudem sind 11 000 „grüne Pässe“, die türkischen Staatsbeamten im Unterschied zu normalen Staatsbürgern die visafreie Einreise in die EU erlauben, für ungültig erklärt worden. Yildirim sagte, die Regierung habe nicht vor, den Ausnahmezustand über die Dauer von drei Monaten hinaus auszu dehnen, werde dies jedoch tun, wenn sich das als nötig erweise.

Erdogan hat sich unterdessen in Ankara erstmals seit dem Putschversuch mit dem türkischen Geheimdienstchef Hakan Fidan getroffen, der eigentlich als enger Vertrauter des Staatspräsidenten galt, nach dem 15. Juli jedoch im offiziellen Ankara in die Kritik geraten war, da seine Behörde die Führung des Landes nicht vor der geplanten Verschönerung in den Streitkräften gewarnt hatte. Erdogan hatte in den Tagen nach dem Putsch von „bedeutenden Lücken und Mängeln“ in der Arbeit des Geheimdienstes gesprochen, und auch Yildirim sowie einige andere Minister hatten öffentlich Kritik geübt. Nach einem Gespräch mit Fidan sagte Erdogan nun jedoch, dass er dessen Rücktritt nicht wolle.

In einem Interview mit einem französischen Fernsehsender verteidigte er unterdessen die Überlegungen zu einer Wiedereinführung der Todesstrafe, ohne sich jedoch eindeutig festzulegen: „Gibt es die Todesstrafe in den Vereinigten Staaten? Gibt es Russland? Gibt es China? Gibt es.“ Die Todesstrafe gebe es „in einer großen Mehrheit“ der Staaten, so Erdogan. Die türkische Regierung macht die Bewegung des islamischen Predigers Fethullah Gülen für den Putschversuch verantwortlich. Gülen sei „gefährlicher als Osama bin Laden“, sagte der türkische EU-Minister Ömer Celik.

Wichtiges in Kürze

Seehofer erwägt dritte Amtszeit

Der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer will sich eine abermalige Kandidatur für das Amt des bayerischen Ministerpräsidenten offenhalten. Er habe derzeit den Eindruck, dass „die Partei sich eine weitere Amtszeit von mir wünscht“, sagte Seehofer am Wochenende den Zeitungen der Funke Mediengruppe. „Aber solche Stimmungen verändern sich auch. Im Herbst kann es schon wieder ganz anders aussehen.“ Die Frage einer neuen Kandidatur sei „jetzt nicht aufgerufen“. In dem Interview machte Seehofer die Kandidatur auch von seiner Gesundheit abhängig. Auf die Frage, ob er sich gesund fühle, entgegnete Seehofer: „Ja, absolut. Im Moment besonders. Es ist geradezu eine Freude, diese Ämter auszufüllen, obwohl sie einiges abverlangen.“ Bei früheren Gelegenheiten hatte Seehofer eine weitere Amtszeit bei der Wahl 2018 ausgeschlossen. (AFP) *(Kommentar Seite 8.)*

Duterte legt Dokumente offen

Der neue philippinische Präsident Rodrigo Duterte hat einen Erlass unterzeichnet, welcher der Öffentlichkeit das Recht auf Einsicht in Regierungsdokumente garantiert. Damit werde eine „vollständige Transparenz“ der Regierungsbehörden hergestellt, sagte Dutertes Sprecher am Sonntag. Im Kampf gegen die auf den Philippinen weit verbreitete Korruption hatten die Medien und Anti-Korruptions-Organisationen seit Jahren das Recht auf freien Zugang zu Informationen gefordert. Regierungsbehörden werden in dem Erlass angewiesen, Dokumente und Aufzeichnungen auf Anfrage zu veröffentlichen. Ausgenommen sind das Parlament und das Justizwesen sowie Fragen der nationalen Sicherheit. (AFP)

Syrische Ärzte beklagen Angriffe

Bei Luftangriffen in der belagerten syrischen Stadt Aleppo sind laut Ärzten vier

Feldkrankenhäuser und eine Blutbank getroffen worden. Bei den Angriffen in der Nacht zum Sonntag kam ein Neugeborenes ums Leben, wie der Verband unabhängiger Mediziner (IDA) mitteilte, der in der von syrischen Regierungstruppen belagerten Stadt mehrere Gesundheitseinrichtungen betreibt. Die humanitäre Lage der Bevölkerung in den Rebellengebieten von Aleppo wird immer schlechter. Laut IDA starb das Neugeborene, weil nach dem Angriff das System zur künstlichen Beatmung ausfiel. Alle vier Feldkrankenhäuser mussten ihren Betrieb einstellen. Nach Angaben des IDA sind in den östlichen Stadtteilen von Aleppo nur noch fünf Krankenhäuser in Betrieb. Es handele sich um eine „große menschliche Katastrophe“. (AFP)

Tote bei Gefechten in Ostukraine

Im Osten der Ukraine sind bei neuen Gefechten mit prorussischen Rebellen sechs

ukrainische Soldaten getötet worden. Wie ein Sprecher des ukrainischen Armee am Sonntag sagte, wurden 13 weitere Regierungssoldaten verletzt. Die meisten Verwundeten seien infolge von Gefechten in der Nähe der Rebellenhochburg Luhansk und der von der Regierung kontrollierten Stadt Mariupol zu beklagen gewesen. Erst vor wenigen Tagen waren bei Kämpfen in der Ostukraine sieben ukrainische Soldaten getötet worden. Es handelte sich laut Armee um die schwersten Auseinandersetzungen im umkämpften Osten des Landes seit knapp zwei Monaten. Seit Beginn des Konflikts zwischen prorussischen Rebellen und regierungstreuen ukrainischen Truppen Anfang 2014 wurden insgesamt fast 9500 Menschen getötet. Trotz einer bereits mehrfach vereinbarten Waffenruhe dauern die Kämpfe an. Kiev wirft Russland vor, die prorussischen Separatisten zu unterstützen. Moskau bestreitet dies. (AFP)

ANZEIGE

DIE DEMOKRATISCHE VERFASSUNGSORDNUNG IN DER TÜRKEI WAHREN

Am Abend des 15. Juli hat eine Gruppe von abtrünnigen Offizieren des türkischen Militärs versucht, durch einen bewaffneten Putsch den Bürgern der Republik ihren Willen aufzuzwingen. Sie sind dank der Mobilisierung von allen Teilen der Gesellschaft gescheitert: Bürger, politische Führungskräfte und Institutionen haben gemeinsam die Verletzung der verfassungsrechtlichen Ordnung und ihrer Institutionen abgelehnt und sich für die Einhaltung der rechtsstaatlichen Prinzipien, der Grundrechte und -freiheiten sowie für die Menschenrechte ausgesprochen.

Die geschlossene Haltung aller politischen Parteien der Großen Türkischen Nationalversammlung gegen diese Intervention hat in der gesamten Gesellschaft Zuspruch gefunden. Wir haben gesehen, dass trotz unterschiedlicher Auffassungen in der Gesellschaft, Kompromisse unter demokratischen und friedlichen Voraussetzungen geschlossen werden können.

Eingriffe in die Demokratie können nur durch einen weiteren Ausbau der demokratischen Standards und der Rechtsstaatlichkeit verhindert werden. Mit der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Union 2005 hat die Türkei gezeigt, dass sie sich unbestreitbar auf diesem Weg befindet. Der Beitrittsprozess und die Demokratie-Standards der EU bilden die beste Grundlage für eine starke Demokratie und die globale Wettbewerbsfähigkeit der Türkei.

Der Verband Türkischer Industrieller und Geschäftsleute (TÜSIAD) wurde 1971 als eine nichtstaatliche, gemeinnützige Organisation gegründet. TÜSIAD repräsentiert 85% des türkischen Außenhandels (mit Ausnahme des Energiesektors), rund 50% der Beschäftigung in der Privatwirtschaft und 80% des gesamten Körperschaftssteueraufkommens. TÜSIAD spielt eine bedeutende Rolle in der türkischen Wirtschaft und ist Mitglied von BusinessEurope, des Business and Industry Advisory Committee (BIAC) der OECD und der B20.

Kontakt: aucok@tusiad.org // bsolmaz@tusiad.org